## Inhaltsübersicht

Vc	rwor	t	V
		verzeichnis	IX
1.	Teil:	Einführung	1
			1
y 1	I.	den Grenzen der Verfassung	1
	1.		1
	II.	des Verfassungsrechts	8
		Leitfragen	_
		Ausnahmeverfassungsrecht als Untersuchungsgegenstand	12
	IV.		14
	V.	Methode: Recht im Kontext	16
		Distanzierungen	18
	VII.	Sieben gängige Thesen zum (Verfassungs-)Recht in der Krise	24
_	PP 11	m	
2.	Teil:	Theorie und Geschichte des Ausnahmeverfassungsrechts	35
§ 2	Begg	riffliche und phänomenologische Konturierung	35
	I.	Ausnahme	35
	II.	Ausnahmezustand	49
	III.	Ausnahmeverfassungsrecht	74
<i>ر</i> 3		usion oder Exklusion des Ausnahmezustands?	
		e ideengeschichtliche Verortung der existentiellen Krise	85
	I.	Problemstellung: vom Innen und Außen des Rechts	85
	II.	Inklusion durch Konstitutionalisierung	•••
		des Belagerungszustands	89
	III	Exklusion oder: Grenzen der Inklusion	0,
	111.	durch Verfassungsinterpretation	92
	IV.	Pseudoinklusion bei C. Schmitt	105
	V.	Zeitgenössische Spiegelungen: vom ewigen Streit zum Paradox	112



§4	Inkl	usion – aber wie? Die Krisenregelungen des Grundgesetzes im	
	diac	hronen und synchronen Vergleich	126
	I.	Methodische Vorbemerkung: zur Notwendigkeit einer	
		vergleichenden Analyse	126
	II.	Der Ausnahmezustand in der Gestalt des Belagerungszustands	129
	III.	Der Ausnahmezustand in der Gestalt der	
		konstitutionellen Diktatur	136
	IV.	Der Ausnahmezustand in der Gestalt eines parlamentarisch-	
		rechtsstaatlichen Ausnahmeverfassungsrechts	144
	V.	Verfassungsvergleichende Einordnung des grundgesetzlichen	
		Regelungsmodells	184
	VI.	Reformbedürftigkeit des grundgesetzlichen	
		Ausnahmeverfassungsrechts angesichts des internationalen	
		Terrorismus? Ein verfassungspolitischer Ausblick	200
		0.1	
3.	Teil:	Not kennt Gebot:	
		atik des Ausnahmeverfassungsrechts	207
	·	· ·	207
§ 5	Der	Lackmustest: Grundrechte unter Ausnahmevorbehalt?	207
	I.	Problemstellung: der Umgang mit Freiheitsrechten als eine der	
		zentralen Fragen des Ausnahmezustands	207
	II.	Die historische Antwort: das Suspensionsmodell	210
	III.	Das grundgesetzliche Gegenmodell: Einschränkung statt	
		Suspension (Einschränkungsmodell)	221
	IV.	Law in action: Effektuierung des Einschränkungsmodells	
		insbesondere durch das Bundesverfassungsgericht	262
	V.	Das Modell in der Kritik. Eine Gegenkritik	306
∫6	Ung	eschriebenes Staatsnotrecht, Indemnität und der Einzelne	331
	I.	Problemstellung	331
	II.	Ablehnung des ungeschriebenen Staatsnotrechts	333
	III.	Indemnitätsgesetzgebung als Alternative?	343
	IV.	Fazit und Ausblick: Grenzen der Verrechtlichung und die Rolle	
		des Einzelnen im Ausnahmezustand	358
Bil	oliog	graphie	365
Sac	chre	gister	413

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
1. Teil: Einführung	1
§1 An den Grenzen der Verfassung	1
I. Der Ausnahmezustand als wiederentdecktes Institut	
des Verfassungsrechts	1
II. Leitfragen	8
III. Ausnahmeverfassungsrecht als Untersuchungsgegenstand	12
IV. Gang der Untersuchung	14
V. Methode: Recht im Kontext	16
VI. Distanzierungen	18
1. Kein Entwurf des Rechts von der Ausnahme her	18
2. Keine Überschätzung der Ausnahme	20
3. Keine Ästhetisierung der Ausnahme	22
VII. Sieben gängige Thesen zum (Verfassungs-)Recht in der Krise	24
1. Eine Verrechtlichung der Krise ist nicht möglich:	
Normativität setzt Normalität voraus. Daher kennt Not	
kein Gebot	25
2. Grundrechte im Ausnahmezustand: Es gibt keine	
unverzichtbaren Normen mehr	29
3. "Die Not ist die Stunde der Exekutive."	30
4. "Legiscide" – Das Parlament entmachtet sich selbst	31
5. Die Gerichte sind im <i>law cycle</i> gefangen	32
6. Mehrebenensysteme entwickeln sich im Ausnahmezustand	
zur distributed dictatorship	33
7. Normalisierung des Ausnahmezustands: Die Ausnahme	
wird zur Regel	33

2. Teil:	: Theorie und Geschichte des Ausnahmeverfassungsrechts	35
§2 Beg	riffliche und phänomenologische Konturierung	35
I.	Ausnahme	35
	1. Die Ausnahme – eine vergessene Kategorie	
	der Rechtswissenschaft	35
	2. Inkurs: Die Entdeckung der Ausnahme aus Gründen der	
	Billigkeit und Not	39
	3. Zur Frage der rechtsstaatlichen Problematik von Ausnahmen	42
	a) Gesetzliche Ausnahmen	42
	aa) Ausnahmen im Gesetz	42
	bb) Einzelfall- und Maßnahmegesetze als Ausnahme von	
	der Allgemeinheit des Gesetzes	43
	cc) Sog. Ausnahmegesetze	46
	b) Ausnahmen vom Gesetz: von Exekutive und Judikative	
	vorgenommene Ausnahmen	46
II.	Ausnahmezustand	49
	1. Der Ausnahmezustand als Verfassungsproblem	49
	2. Ist die Suspension ein notwendiges Merkmal	
	des Ausnahmezustands?	53
	3. Vom echten und unechten Ausnahmezustand zu einem	
	Schichtenmodell des Rechts	63
	4. Vom Ausnahmezustand zur Krise?	68
	5. Inkurs: Die Billigkeit als parallele Erscheinungsform	
***	zum Ausnahmezustand	72
111.	Ausnahmeverfassungsrecht	74
	1. Einführung des neuen Begriffs	
	des Ausnahmeverfassungsrechts	74
	2. Das Korpus des Ausnahmeverfassungsrechts:	
	Krise als Ausnahmelage	77
	3. Die Unterscheidung zwischen positivem und	70
	negativem Ausnahmeverfassungsrecht	79
C 2 Il.	4. Europäisches Ausnahmeverfassungsrecht	80
•	lusion oder Exklusion des Ausnahmezustands?	0.5
	e ideengeschichtliche Verortung der existentiellen Krise	85
I.	Problemstellung: vom Innen und Außen des Rechts	85
	1. Vorbemerkung: der alte Streit, ob Billigkeit und Not,recht'	O.F
	zum Recht gehören	85 84
	2. Die Möglichkeit der Verschiebung von Systemgrenzen	86 89
II.	3. Diskursrekonstruktion anhand idealtypischer Positionen Inklusion durch Konstitutionalisierung	87
11.	des Belagerungszustands	29
	DES DETAYELHUYSTUNGSTON	74

Inhaltsverzeichnis

ΧI

	1. Zwischen Art. 48 WRV und der Intervention der Alliierten.	
	Die Väter und Mütter des Grundgesetzes auf der Suche nach	
	einem dritten Weg	145
	a) Entscheidung für das traditionelle Notverordnungsrecht	
	im Chiemseer Entwurf (Ch. E.)	145
	b) Intervention der Alliierten im Parlamentarischen Rat	147
	2. Der dritte Weg: Konstitutionalisierung der	
	Verfassungsstörung und der Wehrhaften Demokratie	151
	a) Die verfassungsrechtliche Antizipation	
	der Verfassungsstörung	152
	b) Positives und negatives Ausnahmeverfassungsrecht:	
	die Vorschriften der Wehrhaften Demokratie als das	
	eigentliche Ausnahmeverfassungsrecht des frühen	
	Grundgesetzes	154
	aa) Die Bestimmungen der Wehrhaften Demokratie	
	als Ausnahmeverfassungsrecht	154
	bb) Ideengeschichtlicher Hintergrund der	
	Wehrhaften Demokratie	160
	cc) Die Wehrhafte Demokratie in Verfassungskonvent	
	und Parlamentarischem Rat	163
	3. Das Grundgesetz als lernende Verfassung:	
	Ausdifferenzierung der Krisenregelungen im Zuge	
	verschiedener Grundgesetzänderungen	167
	a) Souveränitätseinräumung durch die Westalliierten	
	als Voraussetzung	167
	b) Krisenrelevante Grundgesetzänderungen vor	
	der Notstandsverfassung	168
	aa) Wehrverfassung und Aufrüstung	168
	bb) Die Konstitutionalisierung der Abwehr einer Störung	
	des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	169
	c) Die Notstandsverfassung (17. GG-Änderungsgesetz)	171
	d) Krisenrelevante Grundgesetzänderungen nach	
	der Notstandsverfassung	179
	aa) Das Sicherheitspaket von 1972	179
	bb) Neues Ausnahmefinanzverfassungsrecht durch	
	die Föderalismusreform II	180
	4. Zwischenergebnis: Charakteristika und Kritik des	
	grundgesetzlichen Ausnahmeverfassungsrechts	181
V.	Verfassungsvergleichende Einordnung des grundgesetzlichen	
	Regelungsmodells	184
	1. Einheit oder Differenz als neu einzuführende	
	Leitunterscheidung für die zu untersuchenden ausländischen	
	Verfassungsmodelle	184
	5	

Inhaltsverzeichnis	XIII
<ul><li>2. Das Differenzmodell am Beispiel von Frankreich</li><li>3. Das Einheitsmodell (business-as-usual-model) am Beispiel</li></ul>	185
von Belgien	193
deutschen Wegs	196
Terrorismus? Ein verfassungspolitischer Ausblick	200
3. Teil: Not kennt Gebot:	
Dogmatik des Ausnahmeverfassungsrechts	207
<ul><li>§ 5 Der Lackmustest: Grundrechte unter Ausnahmevorbehalt?</li><li>I. Problemstellung: der Umgang mit Freiheitsrechten als eine der</li></ul>	207
zentralen Fragen des Ausnahmezustands	207
<ul><li>II. Die historische Antwort: das Suspensionsmodell</li></ul>	210
Verfassung vom 5. Dezember 1848	211
2. Fortschreibung des Suspensionsmodells: Art. 48 Abs. 2 WRV III. Das grundgesetzliche Gegenmodell: Einschränkung statt	216
Suspension (Einschränkungsmodell)	221
<ol> <li>Der lange Abschied vom Suspensionsmodell</li></ol>	221
Verfassungskonvent und Parlamentarischen Rat	221
b) Entwürfe für eine Notstandsverfassung	224
Das Einschränkungsmodell des Grundgesetzes	226
Einschränkbarkeit der Grundrechte	227 227
bb) Die Ausnahmegesetzesvorbehalte – das eigentliche (positive) Ausnahmeverfassungsrecht	221
im Grundrechtsteil	228
Verfassungsänderung – vor allem in Krisenzeiten b) Stabilität: das Drei-Stufen-Modell	231
der Grundrechtssicherung	232
aa) Das Verhältnismäßigkeitsprinzip bb) Die Wesensgehaltsgarantie und die Menschenwürde	232
(negatives Ausnahmeverfassungsrecht I)	238

	cc) Art. 19 Abs. 3 GG 1. V. m. Art. 1 GG als	
	"diktaturfestes (Grundrechts-)Minimum"	
	(negatives Ausnahmeverfassungsrecht II)	241
	c) Reserve: Individualsuspension (Art. 18 GG) sowie Partei-	
	und Vereinsverbot einerseits, Widerstandsrecht andererseits	242
	3. Das Suspensionsmodell in verschiedenen Landesverfassungen,	
	im Europa- und Völkerrecht sowie in ausländischen	
	Verfassungen (synchroner Vergleich)	245
	a) Landesverfassungen	246
	b) EMRK, Grundrechtecharta und internationale	
	Menschenrechtsabkommen	247
	c) Rechtsvergleichende Seitenblicke	253
	aa) Großbritannien	253
	bb) Frankreich	254
	cc) USA	257
	4. Zusammenfassung – Die Modelle im Vergleich – Der Preis	
	des Einschränkungsmodells	258
IV.	Law in action: Effektuierung des Einschränkungsmodells	
	insbesondere durch das Bundesverfassungsgericht	262
	1. Die (Verfassungs-)Gerichtsbarkeit: Hüter der Grundrechte	
	im Ausnahmezustand oder verfangen im law cycle?	262
	2. Gefahr der Überflexibilisierung der	
	dreistufigen Einschränkbarkeit	265
	a) Flexibilisierung des einfachen Gesetzesvorbehalts in	
	der Krise – die Glykol-Rechtsprechung	265
	b) Umgehung des (Ausnahme-)Gesetzesvorbehalts durch	
	Anerkennung eines "übergesetzlichen	
	Grundrechtsnotstands" – das Beispiel der	
	Kontaktsperre-Rechtsprechung	267
	c) Exkurs: Dogmatisierung des überpositiven Rechts –	
	das Beispiel der Mauerschützenrechtsprechung	274
	3. Destabilisierung der dreistufigen Grundrechtssicherung?	277
	a) Aufwertung des Verhältnismäßigkeitsprinzips	277
	b) Relativierung der Wesensgehaltsgarantie, Kompensation	
	durch Kerngehalte und Verteidigung der Unantastbarkeit	
	der Menschenwürde	279
	c) Engführung der Ewigkeitsgarantie im Abhörurteil	282
	4. Wehrhafte Demokratie: auf der Suche nach dem	
	richtigen Maß	285
	a) Verunsicherung bei Parteiverbotsverfahren	285
	b) Zurückhaltung bei der Grundrechtsverwirkung	292
	c) Übertreibung der Treuepflicht: der Radikalenbeschluss	293

	Inhaltsverzeichnis	XV
	d) Ausweitung der Wehrhaften Demokratie contra	
	constitutionem: die Wunsiedel-Entscheidung	295
	5. Behutsame Erweiterung des Einschränkungsmodells um	
	die Schutzpflichten	297
	6. Zwischenergebnis	305
V.	Das Modell in der Kritik. Eine Gegenkritik	306
	1. Wiedereinführung des Suspensionsmodells auf	
	dem Interpretationswege	306
	2. Ausdehnung der Individualsuspension – zurück zur	
	hostis-Erklärung?	309
	3. Aufweichen des negativen Ausnahmeverfassungsrechts	
	am Beispiel der Menschenwürde	313
	4. Verkehrung des Einschränkungsmodells I:	
	von den Schutzpflichten über das "Grundrecht auf Sicherheit"	
	zur "Sicherheit als Supergrundrecht"	319
	5. Verkehrung des Einschränkungsmodells II:	
	Suspension der Rechtsordnung in Grenzfällen als Gebot	
	der Schutzpflicht?	322
	6. Verkehrung des Einschränkungsmodells III:	
	mit den Grundpflichten zum Bürgeropfer	326
· / II	7. Zwischenergebnis	330
	geschriebenes Staatsnotrecht, Indemnität und der Einzelne	331
I. II.	Problemstellung	331
11.	Ablehnung des ungeschriebenen Staatsnotrechts	333
	1. Die verfassungshistorische Tradition des Staatsnotrechts	333
	<ol> <li>Verfassungsvergleichende Seitenblicke</li> <li>Argumente der heutigen Staatsrechtslehre für die</li> </ol>	335
	Anerkennung von Staatsnotrecht und deren Widerlegung	337
Ш	Indemnitätsgesetzgebung als Alternative?	343
111.	Eine verfassungshistorische Tradition	545
	der Indemnitätsgesetzgebung	344
	2. Verfassungsvergleichende Seitenblicke	346
	3. Ausgestaltung einer Indemnitätslösung unter	270
	dem Grundgesetz	347
	a) Verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine rückwirkende	- 17
	Legalisierung	348
	b) Verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit einer Befreiung	2.10
	von strafrechtlicher Verantwortung	354
IV.	Fazit und Ausblick: Grenzen der Verrechtlichung und die Rolle	
	des Einzelnen im Ausnahmezustand	358
Biblios	graphie	365
	5r	200